

Bau von 19 Straßen verschoben

Von unserem Redaktionsmitglied
Max-Stefan Koslik

In einer neuen Straßenbauplanung des Verkehrsministeriums wurden 19 Planungen vorerst gestrichen. Grund ist die drastische Kürzung von Investitionsmitteln für MV.

SCHWERIN. Jetzt wird es konkret: Weil Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) die Investitionsmittel für den Straßenbau in Mecklenburg-Vorpommern drastisch um nahezu die Hälfte strich, muss nun auch das Land handeln. Das Verkehrsministerium hat den Landräten und Bürgermeistern eine neue Straßenbauplanung übersandt, bei der für 29 Bauvorhaben bei Bundesstraßen 19

Planungen vorerst wegfallen. Der Hintergrund: Da der Bund die Straßen aus seinem Verkehrswegeplan streicht, sei es wenig sinnvoll, die vom Land zu leistenden Planungen weiter voranzutreiben, erklärt Abteilungsleiter Dr. Rainer Kosmider aus dem Verkehrsministerium MV. Auch im Land sei das Geld knapp. Die Planungen müssen aber vom Land organisiert und finanziert werden.

Wegfallen wird u. a. ein Autobahnzubringer in Schwerin, Ortsumgehungen bzw. Teile von Umgehungen in Neubrandenburg (2./3. Abschnitt), in Hagenow, Dargun, Güstrow, Waren, Parchim, Plau-Süd, Pasewalk. Selbst der von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Mittwoch in Demmin ange-

kündigte „notwendige Bau der B96“ wird zum Teil geschoben. Die B96 n Nord von Samtens nach Bergen steht nicht mehr als „vordringlicher Bedarf“ auf der Tagesordnung.

Abteilungsleiter Kosmider schreibt in seinem Brief an die Kommunen, der unserer Redaktion vorliegt: „Im Lichte der verfügbaren Mittel ist eine Abwägung erforderlich. Die jetzt vorgenommene Neubewertung führt bis 2019 zu einer bestimmten Priorisierung. Natürlich wird es im Fall von Verschiebungen, teilweise auch bis nach 2019 Enttäuschungen geben, zumal Planungen in der Öffentlichkeit oft als endgültige Zusagen verstanden werden.“

Der Straßenbauhaushalt des

Bundes sinkt zwischen 2012 und 2013 um etwa 500 Millionen Euro und 2014 nochmals um 200 Millionen. Zugleich findet eine deutliche Verschiebung von Neubaumitteln in Mittel für die Erhaltung statt. Auf diese Weise reduzieren sich die Neubaumittel deutlich und sind durch bereits laufende Baumaßnahmen weitgehend gebunden, wie zum Beispiel in Anklam oder bei der B96 Süd auf Rügen. Die Zuweisungen des Bundes werden sich auf 75 Millionen Euro jährlich reduzieren. In den vergangenen Jahren war es das Doppelte. Vorrangig bleiben A14 und die Ost-Umgehung Neubrandenburg.

Kontakt zum Autor
eska@mvmredaktion.de